

## Ein Wohnungsamt für Neukölln.

Gegen übermäßige Mietsteigerung.

In der gestrigen Sitzung der Neuköllner Stadtverordneten wurden die Vorsteher **Sander** (bürgerlich) und **Scholz** (sozialdemokratisch) durch Zuzuf wieder gewählt. Zu einer lebhaften Erörterung kam es anlässlich eines Magistratsantrages, ein städtisches Wohnungsamt einzurichten.

Stadtverordneter **Polesske** (Sozialdemokrat) begründete die Begründung eines Wohnungsamtes. Die Wohnungsnot sei gerade in Neukölln ungeheuerlich groß. Vor dem Kriege hätten 4000 bis 5000 Wohnungen in der Stadt leer gestanden, und das sei ein normaler Zustand gewesen. Heute seien noch ganze 72 Wohnungen frei, die aber nur zum kleinsten Teile den bescheidensten Ansprüchen genügen. Die Folge dieses Zustandes sei, daß bis 200 Mark für die Vermittlung einer kleinen Wohnung geboten würden. Diesem Zustande müsse man durch die Bestimmung ein Ende machen, daß künftighin Vermittlungen nur durch das Wohnungsamt der Stadt geschehen dürfen. (Lebhafter Widerspruch.) Stadtverordneter **Bohl** (bürgerlich) war die sich entschieden gegen derartige Bestimmungen, durch die die Hausbesitzer zu Sklaven des Magistrats gemacht würden.

Stadtverordneter **Brunn** erklärte die Begründung des Wohnungsamtes für unerlässlich. Täglich gingen bis 200 Beschwerden über Mietsteigerungen beim Magistrat ein. Stadtverordneter **Deter** (bürgerlich) empfahl den Sozialdemokraten dafür zu sorgen, daß seine Hausbesitzermittglieder in der Versammlung nicht übermäßige Mietsteigerungen vornehmen. Die große Mehrzahl der Neuköllner Besitzer habe nur um 15 bis 20 v. H. gesteigert, und das genüge nicht einmal, um die höheren Unkosten beim Haus zu decken. Der sozialdemokratische Stadtverordnete und Hausbesitzer **Schuch** aber habe Stube und Küche für den unglaublich hohen Preis von 88 M. monatlich vermietet. (Lebhaftes Hörl! Unglaublich!) Stadtverordneter **Jussell** wies darauf hin, daß alle Leute, die durch die Kriegsindustrie vom Lande nach Berlin gekommen sind, infolge der hohen Arbeitslosenunterstützung nicht wieder fort wollen. So habe Neukölln nach dem Kriege plötzlich 50 000 Einwohner mehr als vor dem Kriege. Daher komme der große Wohnungsmangel.

Oberbürgermeister **Kaiser** legte dar, daß Neukölln durch die Aufsichtsbehörden angehalten worden sei, ein Wohnungsamt einzurichten, daß durch das Amt die Hausbesitzer aber keineswegs zu Sklaven der städtischen Verwaltung gemacht werden sollten. Im übrigen glaubt er, daß unsere ganzen wirtschaftlichen Verhältnisse, früher als manche es annehmen, zu einer Abwanderung von Berlin und den umliegenden Industriestädten führen werden. Nachdem Justizrat **Abraham** (bürgerlich) darauf hingewiesen hatte, daß eine zu große Inanspruchnahme und Belastung des Neuköllner Hausbesitzes die Hypothekengläubiger veranlassen würde, ihre Gelder aus Neukölln zurückzuziehen, stimmte die Versammlung dem Antrage auf Begründung des Wohnungsamtes zu. Zum Stadtschulrat wurde dann der Direktor des Sofienlyzeums **Dr. Buchenau** gewählt.